

Thomas Helfen

Die Auswirkungen der Finanzkrise in Asien auf die Politik

Die Situation in Thailand

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Thailand führte nicht zu einem antiwestlichen, gegen die USA oder den IWF gerichteten Ressentiment; ausländerfeindliche Haltungen oder gar Übergriffe gegen Minderheiten, wie etwa in Indonesien, sind unbekannt. Vielmehr hat eine fruchtlose selbstkritische Reflexion eingesetzt, die den demokratieorientierten Kräften Auftrieb verschafft und die Verabschiedung der heftig umkämpften Reformverfassung im Herbst 1997 befördert hat. Es besteht in der Öffentlichkeit kein Zweifel, daß weitere Maßnahmen gegen Korruption und Stimmenkauf sowie zur Stärkung der Bürgerrechte, zur Festigung des Rechtsstaates und zum Aufbau einer Parteidemokratie notwendig sind, um langfristig eine wirtschaftliche Gesundung und soziale Stabilisierung zu erreichen. ‘Good Governance’ ist zu einer populären Zielgröße geworden. Eine ökologisch und sozial ausbalancierte Marktwirtschaft sowie ein gestärkter demokratischer Rechtsstaat sind wichtige Leitbilder für die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in Thailand.

Struktur und Ausmaß der Finanzkrise in Thailand

Dem einstigen Boomland Thailand (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 1985 bis 1995 über acht Prozent) ist die Luft ausgegangen. Der Zusammenbruch des Finanzsektors im Sommer 1997 brachte den zum Sprung bereiten Tigerstaat Thailand zu Fall. Die schwache Exportnachfrage seitens der anderen ASEAN-Staaten und Japans haben die Krise Thailands weiter verschärft.

Zurückgeblieben ist ein Land mit erheblicher Auslandsverschuldung des privaten Sektors, schwerwiegenden Liqui-ditätsengpässen und offen zu Tage getretenen Strukturschwächen im politisch-administrativen sowie im wirtschaftlich-sozialen Bereich. Zugleich ist ein beachtlicher, von der Bevölkerung getragener Wille der Regierung zu verzeichnen, über den vom IWF vorgegebenen Weg der Haushaltssanierung, der Liberalisierung und der politisch-administrativen Reform aus der Krise herauszukommen.

Zusammenbruch des Finanzsektors

Fast ein Jahrzehnt lang (bis 1995) galt Thailand für Investoren als todsicherer Tip. Eine unternehmer- und investitionsfreundliche Regierungspolitik, massiver Zufluss ausländischen Kapitals und verhältnismäßig niedrige Lohnkosten hatten Thailand unaufhaltsam auf der Industrialisierungsstraße nach vorne getragen. Der Wachstumsprozeß war zunächst gesund und solide. Als aber in den Jahren 1993 bis 1995 internationales Kapital

zu Zinssätzen von lediglich fünf bis sieben Prozent zu erhalten war und die Bindung des Baht an einen zu achtzig Prozent am Dollar ausgerichteten Währungskorb ein stabiles Rückzahlungsverhältnis versprach, hatten sich thailändische Unternehmen und Investitionsgesellschaften (allzu) großzügig mit ausländischem Kapital eingedeckt.

Die damit einhergehenden Fehlallokationen und Spekulationsprojekte vor allem im Immobilienbereich führten zu der heute als *bubble economy* entlarvten wirtschaftlichen Scheinblüte. Daß die ‘reelle’ Produktionsbasis fehlte, belegt eine eindrucksvolle Kennziffer: Das 1994 an der Bangkoker Börse gehandelte Kapital war zu 70 Prozent lediglich in den drei Sektoren Immobilien, Banken und Finanzgesellschaften konzentriert.

Bereits ab 1995 zeichnete sich ein wachsendes Überangebot an gewerblichen und privaten Immobilien ab. Überkapazitäten aufgrund fehlender Marktanalysen und unrealistische Refinanzierungspläne brachten immer mehr Immobilengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten. Als die Zentralbank zu Beginn des Jahres 1997 dann noch die Zinssätze erhöhte, um der Überhitzung des Marktes entgegenzuwirken und die Auslandsverschuldung zu begrenzen, war es bis zum Zusammenbruch fast der gesamten Finanzbranche nicht mehr weit.

Durch die großzügige Kreditaufnahme auf dem internationalen Kapitalmarkt hatte die Auslandsverschuldung zur Jahresmitte 1997 mit 99 Milliarden US-Dollar rund 55,5 Prozent des Bruttonsozialproduktes erreicht. Der bei weitem überwiegende Teil (71,7 Milliarden) entfiel auf den privaten Sektor.

Ausgehend von zwei, drei wackeligen Finanzgesellschaften griff die Vertrauenskrise zunächst auf die anderen Finanzgesellschaften und schließlich auf die Banken über, um dann durch die eingetretene Liquiditätskrise die gesamte Wirtschaft Thailands in den Grundfesten zu erschüttern.

Nachdem Ende Juli bereits 16 Finanzgesellschaften von der thailändischen Regierung stillgelegt worden waren, suspendierte diese am 5. August 1997 weitere 42 Firmen. Nur zwei der 58 Finanzgesellschaften konnten einer endgültigen Schließung am 8. Dezember 1997 entgehen. Damit waren fast zwei Drittel der thailändischen Finanzgesellschaften vom Markt verschwunden. Sie hinterließen einen enormen Schuldenberg und unsichere Aktiva. Anfang 1998 setzte die Regierung zwei Auffanggesellschaften ein, die nunmehr für die *good assets* bzw. die *bad assets* der aufgelösten Finanzgesellschaften verantwortlich sind.

Der der Nationalbank unterstehende Finanzgesellschaftsentwicklungsfond hatte noch bis in den Sommer 1997 hinein in einer von vielschichtigen politischen und privaten Rücksichtnahmen geprägten Rettungsaktion mit ca. 1000 Milliarden Baht versucht, den notleidenden Finanzgesellschaften unter die Arme zu greifen. Die Hälfte dieser Summe ist voraussichtlich für immer verloren und muß nun vom Steuerzahler noch in diesem Jahr, da über kurz-fristige staatliche Anleihen finanziert, beglichen werden.

Der Kursverfall der Landeswährung Baht

Dank der Währungskorbeinbindung verfügte Thailand in den zurückliegenden Jahren über einen recht stabilen Wechselkurs im Verhältnis zum Dollar. Der Dollar oszillierte geringfügig um 26 Baht. Vom Frühjahr 1995 bis Mitte 1997 gewann der Dollar aber kontinuierlich um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Yen und um rund 25 Prozent gegenüber der D-Mark. Mit der wachsenden Stärke des Dollars stieg auch der Außenwert des Baht, im Verhältnis zur D-Mark beispielsweise um rund 28 Prozent allein von Januar bis Juni 1997.

Im Mai 1997 setzten mit rund zehn Milliarden US-Dollar massive internationale wie nationale Spekulationen gegen den überbewerteten Baht ein. Mit erheblichen Dollarverkäufen (rund vier Milliarden Dollar) und Finanzmarktauflagen konnte die thailändische Nationalbank allerdings den Wechselkurs noch stabil halten. Aber der Druck hielt an und zehrte schließlich die verfügbaren Fremdwährungsreserven weitgehend auf. Am 2. Juli

1997 mußte die thailändische Nationalbank den Baht schließlich freigeben, woraufhin dieser sofort 15 bis 20 Prozent seines Wertes gegenüber dem Dollar verlor.

Trotz leichter zwischenzeitlicher Erholungen verlor der Baht im Laufe des Jahres 1997 gegenüber dem Dollar kontinuierlich an Wert. Von rund 26 Baht pro einem US-Dollar im Juni 1997 fiel er auf 54 Baht im Januar 1998. Gegenüber der D-Mark verschlechterte er sich im gleichen Zeitraum von rund 15 auf rund 29 Baht pro eine D-Mark. Zwischenzeitlich hat er sich auf ca. 44 Baht pro Dollar bzw. ca. 24 Baht pro D-Mark erholt.

Das IWF-Hilfspaket

Die durch die Stützungskäufe aufgebrauchten freien Devisenbestände der Nationalbank führten zu einem Hilfeersuchen der thailändischen Regierung an den Internationalen Währungsfond, der schließlich gemeinsam mit anderen Zentralbanken, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank ein Hilfspaket über 17,2 Milliarden US-Dollar zusammenstellte. Am 14. August 1997 unterzeichnete die thailändische Regierung diesen zur Auffüllung der Devi-senreserven und zur Linderung des Zahlungs-bilanzdefizits zweckgebundenen Beistandskredit und unterwarf sich damit strengen Auflagen. Ihre Erfüllung ist Voraussetzung für die tranchenweise Auszahlung des Kredits.

An erster Stelle der Auflagen stehen die Kürzung der Ausgaben im Staatshaushalt und die Zielvorgabe eines Budgetüberschusses von einem Prozent des BSP. Dieser Überschuß war zur Deckung der Verluste bei den zusammen-gebrochenen Investmentgesellschaften vorgesehen. Zwischenzeitlich erlaubte der IWF ein Budgetdefizit bis zu 1,5 Prozent des BSP, da eine zu austeritäre Haushaltspolitik angesichts der massiven Schwäche des südostasiatischen Marktes die Binnennachfrage zu sehr geschwächt hätte.

Parallel zu den Ausgabenkürzungen waren Steuererhöhungen vorgesehen, darunter die bereits im Sommer 1997 vorgenommene Erhöhung der Mehrwertsteuer von sieben auf zehn Prozent. Zwischenzeitlich wurden die Benzinsteuer, verschiedene Luxus- und Einfuhrsteuern sowie Handels- und KFZ-Steuern ebenfalls erhöht bzw. ausgebaut. Weitere Auflagen waren die Schließung der insolventen Finanzgesellschaften, die Reform der Bankenaufsicht, Aufhebung der Devisenbeschränkungen sowie die Liberalisierung im Banken- und Versicherungsbereich. Hinzu kamen Forderungen hinsichtlich der Beschleunigung der Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie unter dem Titel *good governance* zusammengefaßte Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz staatlichen Handelns, zur Korruptionsbekämpfung und zur Verwaltungsreform.

Wirtschaft weiter im Abwärtstrend

Die thailändische Wirtschaft hängt entscheidend von der Stärke der Exportwirtschaft ab. Während die thailändische Exportwirtschaft im Jahr 1995 noch traumhafte Zuwachsrate von 23,8 Prozent erreichte, brachte das Jahr 1996 mit minus 1,3 Prozent einen dramatischen Exporteinbruch. Im Jahr 1997 konnten zwar Zuwachsrate im Export von 3,5 Prozent (gerechnet auf Dollar-Basis) – zumeist aufgrund der erheblichen Bahtabwertung nach dem 2. Juni 1997, die international enorme Preisvorteile für thailändische Waren bedeutete – erzielt werden. Der dringend benötigte Schub durch die Exportwirtschaft bleibt jedoch nicht zuletzt aufgrund der Krise in den asiatischen Nachbar-ländern zur Zeit noch aus.

Gleichzeitig sinkt die Inlandsnachfrage durch massive Kürzungen bei staatlichen Investitionsprogrammen, die durch die Liquiditätskrise ausgelösten Firmenpleiten sowie die gesunkene Kaufkraft aufgrund der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit. Viele der Unternehmen senkten die Löhne oder reduzierten bzw. strichen gar die Jahresendgratifikationen, die auch für einfache Arbeiter und Angestellte in den zurückliegenden Jahren regelmäßig zwei bis vier Monatslöhne ausgemacht hatten. Gleichzeitig stieg die Inflation kräftig. Offiziell wird

die Preissteigerungsrate gegen Ende 1997 auf unter acht Prozent geschätzt, bezogen auf Güter des täglichen Bedarfs liegt sie aber wahrscheinlich deutlich höher.

Der Verlust an Wirtschaftskraft wird deutlich beim Blick auf den Bangkoker Börsenindex. So verlor der SET (Index der Stock Exchange of Thailand) von Mitte Januar 1997 bis Mitte Januar 1998 die Hälfte seines Wertes, auch wenn er sich danach wieder leicht erholte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1997 stieg die Zahl der Insolvenzen und (Massen-)entlassungen kräftig an. Nachdem in den zurückliegenden Boomjahren Arbeitslosigkeit praktisch unbekannt war, erwartet die Regierung für 1998 zwei Millionen Arbeitslose bei einer Gesamtbevölkerung von rund 60 Millionen. Die diesbezüglichen Schätzungen reichen bis zu 3,4 Millionen Arbeitslose. Die statistische Basis ist allerdings mehr als unsicher. Von Massenentlassungen besonders betroffen sind die Automobilindustrie, der Bausektor, aber auch die Textilindustrie.

Der damit verbundene soziale Sprengstoff wird ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß Thailand weder über eine staatliche Arbeitslosenversicherung noch über ein System der Sozialhilfe verfügt. Hinzu kommt, daß städtische Industriearbeiter oder Angestellte oftmals über ihre Ehepartner und Kinder hinaus weitere Verwandte, die noch auf dem Lande wohnen, finanziell unterstützen.

Die revidierten Zahlen für die volkswirtschaftliche Entwicklung Thailands im Verlaufe des Jahres 1998 lauten für einige Kenngrößen wie folgt:

- reales Wachstum des BSP: – 3 - 3,5 %
- Konsumwachstum: – 5,0 %
- Gesamtinvestment: – 21,0 %
- durchschnittliche Inflation: 11,6 %
- Haushaltsdefizit: 1,6 %
- Exportwachstum: 6,2 %
- Importwachstum: – 7,7 %
- Zahlungsbilanzüberschuß: 3,9 %
- Auslandsverschuldung: 76,3 % des BSP

Politische Auswirkungen der Finanzkrise in Thailand

Stärkung des politischen Reformprozesses

Neue Verfassung: weitreichende demokratische Reformen

Gegenstand der prodemokratischen Proteste im Mai 1992 waren die Ablehnung der Militärherrschaft und die Forderung nach einer grundlegenden politischen Reform in Thailand. Trotzt der blutigen Niederschlagung durch die Militärs konnten diese Forderungen nicht überwunden werden. Sie kulminierten in der Forderung nach einer grund-sätzlich neuen Verfassung. Ende 1996 schließlich wurde eine Verfassunggebende Versammlung mit 76 gewählten Vertretern der Provinzen und 23 vom Parlament bestimmten Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und öffentlichem Leben eingesetzt.

Die neue Verfassung wurde unter starker Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet und schließlich im August 1997 dem Parlament zur Beratung vorgelegt. Da sie neben anderen Neuerungen weitreichende Reformen im Bereich des Parteienrechts, des Wahlrechts und der Korruptionsbekämpfung vorsah, stieß sie auf erhebliche, zum Teil erhebliche Widerstände im Regierungslager und Teilen der politisch privilegierten Klasse.

Die Verabschiedung der neuen Verfassung durch das Parlament war lange Zeit ungewiß. Das Bestreben aber um (Wieder-)gewinnung des internationalen Vertrauens in den Investitionsstandort Thailand sowie die Zielvorgaben des IWF bezüglich *good governance* im Zusammenhang mit der Gewährung des Beistandskredits in Höhe von 17,2 Milliarden US-Dollar waren der Annahme der Verfassung durch beide Häuser des Parlaments (Unterhaus und Senat) außerordentlich zuträglich.

In der Bevölkerung, aber auch in der Militärführung bestand kein Zweifel daran, daß die einzige adäquate Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise lautet: demokratische Reform mit stärkerer Bürgerbeteiligung, Ausbau des Rechtsstaates, konsequente Korruptionsbekämpfung sowie Partei- und Wahlrechtsreform. So wurde die neue Verfassung schließlich am 27. September 1997 mit überwältigender Mehrheit beider Häuser des Parlaments angenommen. Mit der Unterschrift des Staatsoberhauptes, König Bhumibol Adulyadej, trat sie am 11. Oktober 1997 in Kraft.

Neue Regierung gebildet

In der letzten Parlamentswahl am 17. November 1996 errang der ehemalige Generalstabschef Chavalit Yongchaiyudh, Führer der New Aspiration Party, einen Zwei-Stimmen-Vorsprung vor der größten Oppositionspartei, der Democrat Party unter Führung von Chuan Leekpai. Er konnte eine sechs-Parteien-Koalition unter seiner Führung vereinigen.

Die Regierung unter Chavalit Yongchaiyudh hatte durch erhebliche Versäumnisse und Fehlentscheidungen maßgeblich zur Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Offenkundig fehlte ihr nicht nur der Wille zur konsequenten Lösung der tiefgreifenden Probleme, sondern auch die notwendigen fachlichen Kompetenz. Mehrfache Wechsel der Finanzminister innerhalb von wenigen Monaten vermochten kein Vertrauen aufzubauen – im Gegenteil.

Seit August 1997 geriet die Regierung Chavalit Yongchaiyudh zunehmend unter Dauerbeschuß. Proteste von durch die Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Bürgern und Verfechtern der neuen Verfassung mehrten sich. Die Presse hatte sich auf die Regierung Chavalit als Haupthindernis zur Lösung des Wirtschaftsproblems eingeschossen. Der Widerstand der Regierung, insbesondere seitens der von Chavalit Yongchaiyudh geführten Regierungspartei, gegen die Verabschiedung der neuen Verfassung isolierte den Premier zunehmend.

Nachdem sich der Oberbefehlshaber der Streitkräfte öffentlich mit Nachdruck für die Verabschiedung der neuen Verfassung ausgesprochen hatte und Chavalit sich – so berichtete es die Presse – von diesem sagen lassen mußte, daß eine Demonstration von einigen tausend Bürgern, die Chavalits Rücktritt forderten, kein Grund für Notstandsregelungen, sondern normales demokratisches Recht seien, und die Koalitionspartner sichtbar nach Alternativen suchten, waren die Reste seiner Autorität aufgebraucht. Er kündigte seinen Rücktritt für den 8. November 1997 an.

Während der zweitstärkste Koalitionspartner, die Chart Pattana Party noch versuchte, ihren Parteivorsitzenden General Chatchai Choohaven innerhalb der alten Koalition zum neuen Premierminister zu küren, gelang es dem Oppositionsführer Chuan Leekpai – bereits von 1992 bis 1995 Premierminister Thailands – mit Hilfe kleinerer Oppositionsparteien und abtrünniger Abgeordneter der bisherigen Koalitionsparteien, von einer knappen Mehrheit der Parlamentsabgeordneten als neuer Premier nominiert zu werden. Am 9. November 1997 wurde er von König Bhumibol zum neuen Premierminister ernannt. Chuan Leekpai steht nun einer heterogenen Acht-Parteien-Koalition vor.

Dieser Regierungswechsel ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Im September und Oktober 1997 hatten sich Spekulation über einen *silent coup* der Militärs verdichtet. Unter dem Stichwort einer ‘nationalen Regierung’ wurde öffentlich darüber nachgedacht, eine ‘über den Parteien stehende’ Persönlichkeit zu gewinnen und mit

Hilfe des Militärs – vorausgesetzt, der König duldet ein solches Vorgehen – einzusetzen. Gedacht wurde dabei an den Über-gangspremier von 1992 Anand Panyarachun, der als kompetenter Regierungsfachmann gilt, bzw. an den langjährigen, von Korruptionsvorwürfen freien und wirtschaftlich erfolgreichen autokratischen Premierminister General Prem Tinsulanonda.

In den Zeitungen wurden über Wochen die Vor- und Nachteile einer solchen ‘nationalen Regierung’ diskutiert. Es festigte sich in den Zeitungen und wohl auch bei den beteiligten politischen Akteuren der Eindruck, daß eine solche, vom Militär ins Amt gehobene Regierung über keinen Kompetenzvorsprung bei der Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise gegenüber einer parlamentarischen Regierung verfügen würde und im Falle eines Scheiterns das Ansehen des Militärs endgültig ruiniert wäre. Vor allem die bürgerlichen Mittelschichten und die liberale Presse brand-markten einen solchen Weg als Verletzung des Geistes der neuen Verfassung und verwiesen zudem darauf, daß ein Rückfall in autokratische Regierungsformen dem Ansehen Thailands in der Welt schweren Schaden zufügen würde.

Hier wurde in einer schweren Krise des Landes eine extrakonstitutionelle Lösung bewußt abgelehnt. Die Bevölkerung ebenso wie die politische und militärische Elite bewiesen damit demokratische Reife und Standfestigkeit.

Weiterhin ist beachtenswert, daß entgegen den bisherigen Gepflogenheiten aus der Mitte des Parlaments heraus eine neue Regierung gebildet werden konnte. Einige Abgeordnete hatten im klaren Widerspruch zum bislang gesetzlich abgesicherten quasiimperativen Mandat gegen den Willen ihrer Parteiführer die alte Regierungskoalition verlassen und in freier Entscheidung zur Bildung einer handlungsfähigen neuen Regierung beigetragen. Der offene Widerspruch gegen die Anordnung der jeweiligen Parteiführer ist ein mutiges Signal für die Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats und gegen die zumeist autokratischen Parteiführungen. Dies hat, da auch in Übereinstimmung mit den Regelungen der neuen Verfassung, eine wichtige Signalwirkung.

Zwar sind auch in der neuen Regierung unter Chuan Leekpai einige ‘belastete’ Minister vertreten, insgesamt gilt die Regierung Chuan aber als wesentlich ‘sauberer’ als die Vorgängerregierungen. Vor allem wird ihr aufgrund der fachlichen Qualitäten der Schlüsselminister für Finanzen, Tarrin Nimmanhaeminda, und Wirtschaft, Supachai Panitchpakdi, die größte Kompetenz innerhalb des Parteienspektrums zur Lösung der schwierigen Wirtschafts- und Finanzprobleme zugesprochen. Dies bedeutet zugleich einen entscheidenden Vertrauengewinn für das demokratisch-parlamentarische System.

Mit dem Kapital einer erfolgreichen Reise in die USA im Rücken gelang es der Regierung unter Chuan Leekpai, sich nach einer dreitägigen Mißtrauensdebatte am 21. März 1998 mit einer klaren Mehrheit von 208 zu 177 der Abgeordneten gegenüber den Angriffen der Oppositionsparteien zu behaupten. Nach diesem Schlagabtausch ist es der Opposition erst wieder in der übernächsten Sitzungsperiode des Parlaments im Frühherbst erlaubt, eine Vertrauensabstimmung zu erzwingen. Ob es noch dazu kommen wird oder ob Premierminister Chuan Leekpai vorher von seinem Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, Gebrauch machen wird, bleibt offen. Daß er aber auf jeden Fall noch in diesem Jahr Neuwahlen durchführen wird, hat er bereits angekündigt. Alle Parteien rüsten sich bereits für die ersten Wahlen unter den Regularien der neuen Verfassung.

Zentrale Reformgesetze auf den Weg gebracht

Die neue Verfassung sieht vor, daß drei sogenannte Organic Laws innerhalb von 240 Tagen vom Parlament ausgearbeitet und verabschiedet werden müssen. Diese betreffen erstens die Einsetzung einer nationalen Wahlkommission mit weitreichenden Vollmachten, zweitens die Neugestaltung des Parteienrechts einschließlich der Regelungen zur Parteifinanzierung und zur innerparteilichen demokratischen Willensbildung sowie drittens das neue Wahlgesetz, das die näheren Ausführungen zur Ausgestaltung des gemischten Wahlrechts (100 Abgeordnete

über Parteienliste bei einer nationalen 5 Prozent-Klausel sowie 400 Abgeordnete über Mehrheitswahlrecht in Ein-Mandats-Wahlkreisen) enthält.

Das Unterhaus des Parlaments hat diese drei Gesetze bereits verabschiedet. Änderungswünsche des Senats werden zur Zeit in der Gemeinsamen Kommission beraten. Die endgültige Verabschiedung wird in einer Sondersitzung vor Mitte Juni 1998 erwartet. Die Verfassung sieht innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren die Verabschiedung weiterer Reformgesetze und die Einrichtung unabhängiger Organe zur Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung zwingend vor.

Insgesamt ist die neue Regierung auf breitester Ebene bestrebt, den unter dem Begriff der *good governance* zusammengefaßten Forderungen des IMF nach Korruptionsbekämpfung, Verwaltungsreform und größerer Transparenz staatlicher Entscheidungen nachzukommen. Dabei verdichtet sich der Eindruck, daß es in der jetzigen Regierung weit über das Bestreben, formale Vertragsbedingungen zu erfüllen, hinaus einen echten Willen zur grundlegenden Reform Thailands in allen Bereichen gibt. Gleichwohl sind die kultur- und gesellschaftsspezifischen Beharrungs-kräfte nicht zu unterschätzen.

Schwerpunkte des weiteren Reformbedarfs

Der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft und die damit einhergehende schwere Wirtschaftskrise hat grundlegende politische Schwächen des Regierungsstils der Vorgängerregierungen unter Banharn Silaparcha und Chavalit Yong-chaiyudh offen gelegt. Ohnehin mehr an der Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Interessen bzw. der ihrer Freunde interessiert als am Wohl des Landes, ließen beide Regierungen erhebliche Schwächen bei der Steuerung und Kontrolle des Regierungsapparates und der Umsetzung der Regierungsprogramme erkennen.

So erklärte der damalige Finanzminister Amnuay Viravan vor einer Regierungskommission zur Aufklärung der Finanzkrise des Frühsommers 1997, der Notenbankchef habe ihn über Monate hinweg mit einer Ausnahme nur mündlich informiert und ihm immer wieder versichert, es werde alles gutgehen. Über höchst fatale, kurzfristig zurück-zuzahlende Währungskontrakte zur vergeblichen Stützung des Baht in Höhe von 23,4 Milliarden US-Dollar sei er überhaupt nicht informiert gewesen. Die Nationalbank konnte es sich zudem erlauben, über Wochen hinweg falsche Angaben zu den nationalen Devisenreserven zu machen.

Dies ist ein besonders drastisches, aber paradigmatisches Beispiel für die Unfähigkeit der Steuerung eines Landes und des Fehlens einer gelebten Kultur politischer Verantwortung. Hier besteht ein von den wechselnden Regierungskoalitionen unabhängiger Reformbedarf. Wenn diese Reformen nicht in Angriff genommen werden, stellen diese Strukturschwächen ein unüberwindliches Hindernis auf dem Weg der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung Thailands dar.

Die durch den Zusammenbruch des Finanzsektors verschärzte Liquiditätskrise hat den Niedergang der thailändischen (Export-)wirtschaft entscheidend beschleunigt; alleinige Ursache war er mitnichten. Die thailändische Wirtschaft zeichnet sich durch folgende strukturelle Schwächen aus:

- Anstieg der Löhne über dem Produktivitätszuwachs;
- Geringes nationales Technologiepotential; daher große Abhängigkeit von ausländischen Investitionen / Joint Ventures;
- Die berufliche Qualifikation ist auf allen Ebenen im Durchschnitt unzureichend;
- Es besteht ein Mangel an qualifizierten Fach- und Führungskräften;

- Erforderliche Qualitätsstandards können oft nicht erreicht werden;
- Die Unternehmen sind vielfach patriarchalisch geprägt und in ihren Entscheidungsstrukturen nicht mehr leistungsfähig genug.

Streit um den künftigen Entwicklungsweg

Das Platzen des Traumes vom schnellen Reichtum – sowohl persönlich als auch gesamtwirtschaftlich – hat in Thailand eine Diskussion ausgelöst, die die Frage aufgreift, welchen Entwicklungsweg die thailändische Gesellschaft gehen soll: den der bedingungslosen westlichen Anpassung im Zuge einer verstärkten Globalisierung oder den Weg einer Rückbesinnung auf Struktur und Werte einer traditionell gewachsenen Agrargesellschaft.

Der König hatte in seiner Neujahrsbotschaft die traditionellen Werte der thailändischen Agrargesellschaft hervorgehoben und bäuerliche Selbstversorgung durch Diversifizierung der produzierten Güter und integrierten Landbau als eine Antwort auf die aktuelle Wirtschaftskrise betont. Diese Botschaft wird von den Gegnern einer weiteren Ausrichtung am Weltmarkt als Legitimation für eine Abkopplung vom westlichen Entwicklungsweg in Anspruch genommen.

Die Mehrheit und insbesondere die neue Regierung unter Leitung der Democrat Party vertritt dagegen entschieden eine Politik der Weltmarktorientierung und westlichen Öffnung, auch wenn der Außenminister Dr. Surin, ebenfalls Democrat Party, durchaus eine Konzeption der *Asian values* im weiteren Sinn vertritt. Eine detaillierte Zuordnung beider Konzeptionen zu einzelnen Parteien ist allerdings nicht möglich. Die Diskussion findet zumeist innerhalb gesellschaftlicher Gruppen und vor allem in akademischen Zirkeln statt.

Da die Kritik am ‘westlichen Entwicklungsweg’ sich vornehmlich speist aus einem ordnungspolitisch nicht gemässigten Kapitalismus amerikanischen Musters und der als *crony capitalism* gebrandmarkten Ausbeutung der öffentlichen Ressourcen durch politische und bürokratische Eliten, bieten das Modell der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft sowie der demokratische Rechtsstaat eine sachlich wie politische vorzügliche Orientierungsgrundlage für die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in Thailand. Sie verhindern zudem eine falsche Alternativstellung zwischen Weltmarktorientierung und agrarischem Rückzug.

Dr. Thomas Helfen ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Thailand